

ANDREA RÖMMELE

# Zur Sache

**FÜR EINE NEUE  
STREITKULTUR  
IN POLITIK UND  
GESELLSCHAFT**

a

aufbau

grundsätzlich konflikthaften Charakter von Politik ernst nimmt, ihn im Wechselspiel von Regierung und Opposition institutionalisiert und durch dieses Konkurrenzverhältnis zwangsläufig öffentlich macht. Der Konflikt und der daran anschließende Streit sind aber nicht nur Gegebenheiten, sondern bringen darüber hinaus tatsächliche Vorteile. Sie sind das Fundament, auf dem die Demokratie fußt.

## Wahrheit und Fakten: mit Populisten streiten

Populisten haben einen neuen Ton in unsere politischen Debatten gebracht. Auch sind sie selbst oft Thema der tagespolitischen Auseinandersetzungen und Berichterstattungen. Betrachten wir dieses Phänomen genauer. Was verstehen wir eigentlich unter Populismus?

Dazu muss auf das gelungene Buch von Jan-Werner Müller verwiesen werden, der diesen Begriff unter die sozialwissenschaftliche Lupe nimmt und messerscharf analysiert.<sup>12</sup> Demnach sind es zwei Kriterien, anhand deren man Populisten erkennt: Sie stellen sich massiv gegen die politischen Eliten, das Establishment, und sie erheben einen moralischen Alleinvertretungsanspruch.

Populisten sind also antielitär und antipluralistisch. Sie konstruieren einen einheitlichen Volkswillen und stilisieren sich anschließend zum alleinigen Vertreter dieses Willens. Sie, und zwar nur sie, sind die wahren Treuhänder, Verteidiger und Fürsprecher des Volkes. Das hören wir aus allen Ecken Europas und auch von jenseits des Atlantiks.

Dabei kommt es zu den kuriosesten Koalitionen. Beispielsweise in Italien, wo die rechtspopulistische Lega und die linksgerichtete Anti-Establishment-Bewegung Fünf Sterne sogar in der Regierung vertreten sind. Aber nicht nur wegen der letzten Wahlergebnisse in Italien spüren Populisten auch anderswo Rückenwind: etwa in Großbritannien die UKIP, in den Niederlanden die Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit) mit ihrem einzigen Mitglied Geert Wilders, in Frankreich der

Front National, in Griechenland die Syriza, in Ungarn die Fidesz-Partei, in Deutschland die AfD oder in Österreich die FPÖ. Kaum übersehbar werden sie alle spätestens zur Europawahl 2019 sein, bei der sie für eine Institution antreten, die sie eigentlich verabscheuen.

Eine Stimme für die Populisten, so wollen sie uns weismachen, sei eine Stimme zur Stärkung des Volkes gegenüber dem Establishment. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass aus Sicht der Populisten alle Wähler der sogenannten Altparteien eben nicht zu diesem Volk gehören oder von »der Lügenpresse« so manipuliert werden, dass sie ihre eigentlichen Interessen nicht erkennen.

Dieses einfache und durchschaubare Strategem begründet die antipluralistische Haltung der Populisten und macht die inhaltliche Auseinandersetzung und einen themenorientierten Streit mit ihnen aussichtslos. Was wir auf den vorangegangenen Seiten als Fundament der Demokratie bezeichnet haben, wird von Populisten nicht anerkannt. Die Debatte ist in ihrem Weltbild nicht notwendig, da sie meinen, den »gesunden Volkswillen« so zu vertreten, dass sich gefälligst auch das ganze Volk vertreten fühlen soll.

Besonders gefährlich wird es dann, wenn populistische Parteien, wie im Fall der AfD, die Demokratie nicht per se ablehnen, sondern sich selbst zu ihrer letzten Verteidigerin stilisieren.

»Hören« wir den Populisten für einen Moment zu: Sie wurden beinahe alle mit den emotional höchst aufgeladenen Themen Migration und Flüchtlingskrise in europäische Parlamente gewählt – mit beachtlichem Erfolg. Sie verfolgen eine affektorientierte Kommunikationsstrategie, das heißt, sie spielen mit den Gefühlen der Menschen und scheuen auch Falschmeldungen nicht. Allerdings haben diese inzwischen eine neue Dimension erreicht. Lügen in der Politik sind an sich kein neues Phänomen. Es finden sich Beispiele in der älteren und neueren Vergangenheit. Uwe Barschel gab öffentlich sein

Ehrenwort, um zu versichern, dass er keine Schmierenkampagne gegen seinen Rivalen geplant habe – und musste nur eine Woche später zurücktreten, nachdem sein Medienberater genau das zugab. Die Ceaușescu-Regierung in Rumänien fälschte sogar Wetterberichte, um der Bevölkerung weiszumachen, dass sie gar nicht frieren könne. Diese Lügner alten Stils wussten immerhin, dass ihre Lügen enttarnt wären, sobald bestimmte Fakten öffentlich würden. Sie akzeptieren noch eine bestimmte Definition von Wahrheit und von Fakten als Grundlage des demokratischen Diskurses. Man kann alles behaupten, aber wenn jemand unwiderlegbare Beweise dagegen präsentiert, verliert die Lüge an Überzeugungskraft. Dieser Konsens, was Fakten sind und was nicht, bildet die Basis für Debatten.

In jüngster Zeit und vor allem bei den Populisten beobachten wir aber immer häufiger, dass Fakten ihre Bedeutung als Gesprächsfundament verloren haben. Und es kommt noch schlimmer: Behauptungen aller Art, ob wahr, ob falsch, ob irrelevant, ob unsinnig, sind zu reinen Werkzeugen geworden, die sich flexibel anwenden lassen, um Weltanschauungen zu begründen und Stimmungen zu entfachen. US-Präsident Donald Trump schaltete sich beispielsweise via Twitter in den Asylstreit in Deutschland ein: Die Kriminalität in Deutschland sei um zehn Prozent gestiegen, seit Migranten aufgenommen würden. Er deutete an, dass deutsche Behörden diese Zahl nicht melden würden. Auf welcher Grundlage er diese Aussage getroffen hat, bleibt unklar. Denn die polizeiliche Kriminalstatistik gibt für das Jahr 2015, als die Einwanderungszahlen ihren Höhepunkt erreichten, rund sechs Millionen Straftaten an. Ungefähr die gleiche Zahl wurde für das Jahr 2014 ermittelt. In den Jahren 2016 und 2017 lag sie sogar darunter. Warum also ein solcher Tweet? Die Antwort findet sich im letzten Satz seines Tweets »Be smart America!«. Seine Behauptung stellt eine in der Realität nicht vorhandene Kausalität zwischen Einwanderung und

Kriminalität her. Die vorliegenden Daten widersprechen Trumps Behauptung, aber sein politisches Vorhaben, im eigenen Land die Einwanderungszahlen massiv einzuschränken, wird durch sie untermauert.

Ein anderes Beispiel ist ein Foto, das die AfD für einen Flyer zum Thema innere Sicherheit in Deutschland verwendete. Das Bild entstand bei Ausschreitungen in Athen und zeigt einen Demonstranten, der mit einem Stock zum Schlag auf einen am Boden liegenden Polizisten ausholt. Das Bild wurde bearbeitet, und der Demonstrant bekam ein großes Antifa-Logo auf den Rücken. Auf die Fälschung angesprochen, behauptete ein Sprecher der AfD, dass die Bearbeitung des Fotos nichts daran ändern würde, dass sich die Sicherheitslage in Deutschland verschlechtere und dass offensichtlich sei, wer den Anstieg der Gewalt verantwortete. Der Informations- und Wahrheitsgehalt des Bildes war für die AfD irrelevant. Es diente nur einem politischen Zweck und nicht als seriöse Diskussionsgrundlage.

All das ist mehr als Lüge - es ist Bullshit, wie der Philosoph Harry Frankfurt es nennt.<sup>13</sup> Eine Lüge kann mit Fakten widerlegt werden, wodurch der Lügner gezwungen wird, seine Aussagen anzupassen oder zurückzuziehen. Beim Bullshitten dagegen werden unwillkommene Fakten einfach ausgeblendet: Was die Botschaft des Bullshits bekräftigt, wird vom Bullshitter als wahr deklariert, was ihr zuwiderläuft, als falsch. Empirie ist nichts, Gefühl und Effekt werden zum Maßstab der Bewertung. Psychologisch interessant ist die Frage, ob die Faktenausblendung beim Bullshitten bewusst oder unbewusst ist. Wie dem auch sei: Der Wahrheitsgehalt spielt dabei keine Rolle mehr, politische Debatten verlieren ihre empirische Basis. Stattdessen beruhen sie nur noch auf ausgestoßenen Falschmeldungen, Einbildung, ausgedachtem Blendwerk, intellektuellen Fata Morganas zur Erzeugung von Gefühlen, zum Appell an niedere Instinkte. All das mit

dem Ziel, die eigene Weltsicht absolut zu setzen und die subjektiven Werte durchzusetzen. Und auf dieser Ebene lässt sich nicht streiten. Nur mit Worten (be)kämpfen.

Eine weitere, oft gezückte kommunikative Karte der Populisten ist die Skandalisierung. Wer skandalisiert, arbeitet mit Tabubrüchen und krasser Sprachwahl. Der Sprachwissenschaftler Joachim Scharloth von der TU Dresden hat analysiert, dass populistische Parteien zu allen erdenklichen sprachlichen Mitteln greifen, um auf sich aufmerksam zu machen, um eine Resonanz in den Medien zu erzeugen.<sup>14</sup> Flüchtlinge sind »Invasoren«, ihre Einwanderung gleicht einer »Wucherung am deutschen Volkskörper«, was sie treibt, ist »Asyltourismus«. In anderen Zusammenhängen wird von »Gender-Wahnsinn« (eigentlich immer, wenn es um Gleichstellungsprojekte geht) gesprochen oder einem »Denkmal der Schande« (Holocaust-Mahnmal). Auch ihre Behauptung, dass man stolz auf die Wehrmachtssoldaten sein könne, gehört in diesen Zusammenhang. Das sind nur einige Kostproben.

Der Gehalt dieser Aussagen ist spätestens dann völlig irrelevant, wenn nach dem ersten Aufschrei die Distanzierungen der Populisten folgen: Man sei falsch verstanden worden, sei mit der Hand auf der Maus ausgerutscht oder hätte nur einen Witz machen wollen. Durch den Tabubruch ist die Aufmerksamkeit jedenfalls gesichert, und die Anhänger solcher Ideen wissen ganz genau, wie sie die Distanzierungen zu verstehen haben. Das Verlassen von Live-Talkshows oder gar der Bundespressekonferenz fällt auch unter diese Kommunikationsstrategie: nicht diskutieren, sondern sich der Debatte entziehen, die man selbst losgetreten hat.

Die Skandalisierung von Sachverhalten war schon immer Teil des politischen Werkzeugkastens. Nicht zuletzt soziale Bewegungen haben immer wieder auf skandalträchtige Methoden gesetzt, um Beachtung zu generieren. Selbst etablierte, weltbekannte Organisationen ohne